

750 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 25. 9. 2001

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Jugoslawien über soziale Sicherheit

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Jugoslawien,
von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu regeln,
sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
1. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
 2. „zuständige Behörde“
in bezug auf die Republik Österreich
die Bundesminister, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind,
in bezug auf die Bundesrepublik Jugoslawien
das Bundesministerium, das mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 2 angeführten Rechtsvorschriften betraut ist;
 3. „Träger“
die Einrichtung oder Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
 4. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
 5. „Wohnort“
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
 6. „Aufenthalt“
den vorübergehenden Aufenthalt;
 7. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;

8. „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragsersstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
 1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sondersicherung für das Notariat,
 - d) das Arbeitslosengeld;
 2. auf die jugoslawischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung, den Gesundheitsschutz und die Mutterschaft,
 - b) die Pensions- und Invalidenversicherung,
 - c) das Arbeitslosengeld.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den im Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

- (2) Absatz 1 berührt nicht
 - a) die Rechtsvorschriften betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
 - b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
 - c) die Rechtsvorschriften betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für jugoslawische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Leistungstransfer

(1) Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, dürfen nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.

- (2) Absatz 1 bezieht sich nicht
 - a) auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften;
 - b) auf den Mindestpensionsbetrag nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften.

ABSCHNITT II**BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN****Artikel 6****Allgemeine Regelung**

(1) Die Versicherungspflicht einer Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, und zwar auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 7**Besondere Regelungen**

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8**Diplomatisches und konsularisches Hilfspersonal**

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen, die nicht Beamte oder ihnen gleichgestellte Personen sind, und private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9**Ausnahmen**

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

ABSCHNITT III
BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1
Krankheit und Mutterschaft

Artikel 10

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese, soweit erforderlich, für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11

Sachleistungen

(1) Eine Person, welche die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat, oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt, es sei denn, daß die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden oder daß nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen erfolgt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung im anderen Vertragsstaat aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre im anderen Vertragsstaat wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen im anderen Vertragsstaat aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung des für ihren Aufenthaltsort in Betracht kommenden Trägers gewährt wurde.

Artikel 12

Geldleistungen

(1) In den Fällen des Artikels 11 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnen.

Artikel 13

Pensionsbezieher

(1) Für eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Bezug einer Pension berechtigt ist, gelten ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie wohnt.

(2) Für eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension berechtigt ist und im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt, gelten die Rechtsvorschriften dieses

Vertragsstaates, als ob sie zum Bezug einer Pension nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates berechtigt wäre.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Pensionswerber.

Artikel 14

Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes

In den Fällen des Artikels 11 Absatz 1 und des Artikels 13 Absatz 2 werden die Leistungen gewährt

- a) in der Republik Österreich
von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,
- b) in der Bundesrepublik Jugoslawien
von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Außenstelle der Republikorganisation für Krankenversicherung.

Artikel 15

Kostenerstattung

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Sachleistungen gewährt hat, die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 2 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständige österreichische Behörde und die jugoslawische Verbindungsstelle können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

(3) In den Fällen des Artikels 13 Absatz 2 ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

Kapitel 2

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 16

Sachleistungen

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt

- a) in der Republik Österreich
von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,
- b) in der Bundesrepublik Jugoslawien
von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Außenstelle der Republikorganisation für Krankenversicherung.

(3) Anstelle des in Absatz 2 genannten österreichischen Trägers kann ein Träger der Unfallversicherung die Leistung erbringen.

(4) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

Artikel 17

Berufskrankheiten

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit

erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 18

Entschädigung von Berufskrankheiten

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

(2) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Artikel 19

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) Verlängern nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

(4) Die in Tagen ausgedrückten jugoslawischen Versicherungszeiten hat der österreichische Träger in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hiebei als ein ganzer Monat.

Artikel 20

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Artikel 21

Feststellung der Leistungen

(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Anwendung des Artikels 19 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung ausschließlich auf Grund der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates nur unter Anwendung des Artikels 19 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung nach Artikel 22 oder Artikel 23 festzustellen.

Artikel 22

Berechnung von österreichischen Teileleistungen

Im Falle des Artikels 21 Absatz 2 hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung;
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Artikel 23

Berechnung von jugoslawischen Teileleistungen

Im Falle des Artikels 21 Absatz 2 hat der zuständige jugoslawische Träger die Leistung auf die Weise festzustellen, daß er zunächst den Leistungsbetrag berechnet, der zustehen würde, wenn die gesamten für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wären, jedoch höchstens bis zur vollen Höhe der Leistung, und sodann auf Grund des so berechneten Betrages den Leistungsbetrag im Verhältnis zwischen den ausschließlich nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und den gesamten für die Berechnung der Leistung berücksichtigten Versicherungszeiten feststellt.

Kapitel 4

Arbeitslosigkeit

Artikel 24

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens 26 Wochen ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die Voraussetzung der Mindestbeschäftigungszeit von 26 Wochen gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung für längere Zeit in Aussicht genommen war, jedoch früher als nach 26 Wochen ohne ihr Verschulden geendet hat, oder welche die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besitzen, in dem sie die Leistung beantragen.

Artikel 25**Bezugsdauer**

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

ABSCHNITT IV**VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN****Artikel 26****Aufgaben der zuständigen Behörden,
Rechts- und Amtshilfe**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;

b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen in Durchführung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, werden sie vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes der betreffenden Person zu seinen Lasten veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 27**Verbindungsstellen**

Die zuständigen Behörden haben in der Vereinbarung nach Artikel 26 Absatz 1 zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 28**Befreiung von Steuern und Beglaubigungen**

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 29**Einreichung von Schriftstücken**

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem

Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 30

Zahlungsverkehr

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung oder in einer anderen konvertierbaren Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

Artikel 31

Vollstreckungsverfahren

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 32

Verrechnung von Vorschüssen

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden.

(2) Hat ein Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die ein Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des Absatzes 1.

(3) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

Artikel 33**Schadenersatz**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von Ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 34**Streitbeilegung**

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

ABSCHNITT V**ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN****Artikel 35****Übergangsbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten oder für Personen nach Artikel 37 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens oder für Personen nach Artikel 37 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996 festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

(5) Wird ein Antrag auf Leistungen binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens von einer nicht von Artikel 37 Absatz 3 erfaßten Person eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, ohne daß der betreffenden Person Ausschluß- oder Verjährungsfristen entgegengehalten werden können.

Artikel 36**Versicherungslastregelungen**

(1) Die Träger in der Republik Österreich übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von Personen, die am 1. Jänner 1956 österreichische Staatsangehörige waren oder die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Bereich der Sozialversicherung als Volksdeutsche anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sich die betreffenden Personen am 1. Jänner 1956 im Gebiet der Republik Österreich nicht nur vorübergehend aufgehalten haben, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der ehemaligen jugoslawischen Sozialversicherung (Pensions- oder Invaliditätsversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(2) Die Träger in der Bundesrepublik Jugoslawien übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von jugoslawischen Staatsangehörigen, die als jugoslawische Staatsangehörige am 1. Jänner 1956 ihren Wohnort im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der österreichischen Sozialversicherung (Pensions- oder Unfallversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(3) Sind Leistungsansprüche zu übernehmen, so gelten die allgemeinen Voraussetzungen für die entsprechenden Leistungen als erfüllt. Hierbei sind für die Bemessung der Leistungen die den übernommenen Leistungsansprüchen zugrunde liegenden Versicherungszeiten heranzuziehen. Erreichen

diese Zeiten nicht das Ausmaß der für die entsprechenden Pensionen erforderlichen Wartezeit, so sind der Leistungsbemessung Zeiten im Ausmaß dieser Wartezeit zugrunde zu legen.

(4) Für die Berücksichtigung der Anwartschaften und Ansprüche in Leistungen der österreichischen Pensions- oder Unfallversicherung sind die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions-(Renten-)Versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland anzuwenden.

Artikel 37

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die sich auf den Erwerb und die Gewährung von Leistungen aus der sozialen Sicherheit beziehen, sind ab dem 1. Oktober 1996 auf Personen anzuwenden, auf die das zwischen den beiden Vertragsstaaten vor diesem Zeitpunkt in Geltung gestandene Abkommen über soziale Sicherheit anzuwenden war. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

Artikel 38

Außerkräfttreten

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung dieses Abkommens gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Belgrad, am 5. Juni 1998, in zwei Urschriften in deutscher und serbischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Wolfgang Schüssel m. p.

Für die Bundesrepublik Jugoslawien:

Zivadin Jovanovic m. p.

12

750 der Beilagen

СПОРАЗУМ**ИЗМЕЂУ РЕПУБЛИКЕ АУСТРИЈЕ
И САВЕЗНЕ РЕПУБЛИКЕ ЈУГОСЛАВИЈЕ
О СОЦИЈАЛНОМ ОСИГУРАЊУ**

Република Аустрија
и
Савезна Република Југославија

у жељи да уреде међусобне односе између две државе у области социјалног осигурања договориле су се да закључе следећи споразум:

**ОДЕЉАК I.
ОПШТЕ ОДРЕДБЕ****Члан 1.
Појмовне одредбе**

(1) У овом споразуму, следећи појмови значе:

1. "правни прописи" - закони, подзаконски акти и статuti и други општи акти, који се односе на области социјалног осигурања из члана 2. став 1. ;

2. "надлежни орган" - у Републици Аустрији: савезни министри надлежни за примену правних прописа из члана 2. став 1. одредба под 1.; у Савезној Републици Југославији: савезно министарство надлежно за примену правних прописа из члана 2. став 1. одредба под 2.;

3. "носилац" - организација, односно орган надлежан за спровођење правних прописа из члана 2. став 1.;

4. "надлежни носилац" - носилац осигурања код кога је лице осигурано у време подношења захтева за давање или од кога има или би имало право на давање када би боравило на територији државе уговорнице у којој је последњи пут било осигурано;

5. "пребивалиште" - место сталног боравка;

6. "боравиште" - место привременог боравка;

7. "члан породице" - члан породице према правним прописима оне државе уговорнице у којој је седиште носиоца осигурања на чији терет би се исплаћивала давања;

8. "пензијски стаж" - време осигурања и са њим изједначена времена, која се као таква сматрају према правним прописима држава уговорница;

9. "новчано давање", "рента" или "пензија" - новчано давање, рента или пензија, укључујући њихове делове из јавних средстава, додатке, усклађивања, повећања, капиталне отпремнине и плаћања по основу повраћаја доприноса.

(2) У овом споразуму остали појмови имају значење које им припада према правним прописима држава уговорница.

Члан 2.

Стварно подручје важења

(1) Овај споразум се односи:

1. на аустријске правне прописе о:

- а) здравственом осигурању;
- б) осигурању за случај несреће на послу;
- ц) пензијском осигурању са изузетком посебног осигурања за бележнике;
- д) новчаној накнади за случај незапослености;

2. на југословенске правне прописе о:

- а) здравственом осигурању, здравственој заштити и материнству;
- б) пензијском и инвалидском осигурању;
- ц) новчаној накнади за случај незапослености.

(2) Овај споразум се односи на све правне прописе којима се обухватају, мењају или допуњују правни прописи из става 1.

14

750 der Beilagen

Члан 3.**Лица на која се овај споразум примењује****Овај споразум важи:**

а) за лица за која важе или су важили правни прописи једне или обе државе уговорнице;

б) за друга лица која права изводе од лица назначених под а).

Члан 4.**Једнаки третман**

(1) Приликом примене правних прописа једне државе уговорнице, њени држављани су изједначени са држављанима друге државе уговорнице, ако овим споразумом није другачије одређено.

(2) Став 1. се не односи на:

а) правне прописе о учешћу осигураника и послодаваца у органима носилаца и удружења, као и у судству у области социјалног осигурања;

б) одредбе о терету осигурања из међународних уговора закључених са трећим државама;

ц) правне прописе о осигурању лица запослених у службеном представништву једне од држава уговорница у трећим државама или код чланова тог представништва.

(3) У погледу аустријских правних прописа о узимању у обзир времена проведеног у ратној служби или са њим изједначеног времена, став 1. се примењује само на југословенске држављане који су имали аустријско држављанство пре 13. марта 1938. године.

750 der Beilagen

15

Члан 5.
Трансфер давања

(1) Пензије, ренте и друга новчана давања по прописима једне државе уговорнице, изузев давања за случај незапослености, не могу се умањити, изменити, ставити у стање мировања, одузети или запленили због тога што корисник има пребивалиште на територији друге државе уговорнице.

(2) Став 1. се не односи на:

- а) заштитни пензијски додатак према аустријским правним прописима;
- б) најнижи износ пензије према југословенским правним прописима.

ОДЕЉАК II.

ОДРЕДБЕ О ПРАВНИМ ПРОПИСИМА КОЈИ СЕ ПРИМЕЊУЈУ

Члан 6.
Опште одредбе

(1) Обавеза осигурања одређује се према правним прописима оне државе уговорнице на чијој територији лице обавља посао и у случају када се пребивалиште запосленог или седиште послодавца налази на територији друге државе уговорнице, ако одредбама чл. 7. и 8. није другачије одређено.

(2) На чиновнике и са њима изједначена лица примењују се правни прописи оне државе уговорнице у чијој су управи они запослени.

Члан 7.
Посебне одредбе

(1) Ако предузеће са седиштем на територији једне државе уговорнице пошаље запосленог на територију друге државе уговорнице, на њега се, до краја 24. календарског месеца након његовог одласка, и даље примењују правни прописи прве државе уговорнице, као да је још увек запослен на њеној територији.

(2) Ако авиокомпанија са седиштем на територији једне државе уговорнице пошаље запосленог на територију друге државе уговорнице, примењују се правни прописи прве државе уговорнице као да је још увек запослен на њеној територији.

(3) Посада поморског брода, као и друга лица која нису само привремено запослена на поморском броду, подлежу правним прописима оне државе уговорнице под чијом заставом брод плови.

Члан 8.

Дипломатско и конзуларно помоћно особље

(1) На запослене у дипломатско-конзуларним представништвима који нису чиновници или са њима изједначена лица, као и на запослене као приватна кућна послуга код чланова ових представништава, послате на територију друге државе уговорнице примењују се правни прописи државе уговорнице из које су послати.

(2) На запослене из става 1. који нису послати, примењују се правни прописи државе уговорнице на чијој су територији запослени. Запослени који су држављани друге државе уговорнице, могу се, у року од три месеца од дана запослења, одредити за примену правних прописа друге државе уговорнице.

Члан 9.

Изузеци

(1) На заједнички захтев запосленог и његовог послодавца, надлежни органи две државе уговорнице могу споразумно договорити изузетке од чл. 6. до 8. при чему морају узети у обзир врсту и околности запослења.

(2) Ако се на запосленог, у складу са ставом 1. примењују прописи једне државе уговорнице, мада је запослен на територији друге државе уговорнице, ти правни прописи се примењују као да је запослен на територији прве државе уговорнице.

750 der Beilagen

17

ОДЕЉАК III.
ПОСЕБНЕ ОДРЕДБЕ

Поглавље 1.
Болест и материнство

Члан 10.
Сабирање пензијског стажа

Пензијски стаж стечен према правним прописима обе државе уговорнице се, ако је то потребно, сабира за стицање права на давање и за одређивање трајања тог давања, под условом да се не односи на исто време.

Члан 11.
Здравствене услуге

(1) Лице које испуњава услове за право на давање према правним прописима једне државе уговорнице и

а) има пребивалиште на територији друге државе уговорнице или

б) чије стање за време боравка на територији друге државе уговорнице захтева хитно пружање услуга, а лице није отишло у другу државу уговорницу у циљу лечења, или

ц) добије одобрење од надлежног носиоца да оде на територију друге државе уговорнице на лечење које изискује његово здравствено стање

има право на здравствене услуге од стране носиоца његовог пребивалишта или боравишта, према правним прописима који важе за тог носиоца, као да је код њега осигурано, а на терет надлежног носиоца.

(2) За одобрење коришћења протеза, помагала и других здравствених услуга веће вредности, неопходна је сагласност надлежног носиоца, изузев када је пружање тих услуга неодложно, јер би у противном били озбиљно угрожени живот или здравље лица из става 1., или када се, у складу са чланом 15. став 2., трошкови накнађују паушалним плаћањем.

18

750 der Beilagen

(3) Ст. 1. и 2. се примењују и на чланове породице.

(4) Став 1. одредбе под б) и ц) у вези са пружањем здравствених услуга од стране лекара, стоматолога и зубара који се баве слободном професијом важе само за:

а) лица која због обављања свог запослења бораве у другој држави уговорници, као и чланове породице који их прате;

б) лица која посећују своју породицу која има пребивалиште у другој држави уговорници;

ц) лица која из других разлога бораве у другој држави уговорници, ако им је пружено амбулантно лечење за рачун носиоца надлежног према њиховом боравишту.

Члан 12.

Новчана давања

(1) У случајевима из члана 11. новчана давања одобрава надлежни носилац према правним прописима које он примењује.

(2) Ако према правним прописима једне државе уговорнице износ новчаних давања зависи од броја чланова породице, надлежни носилац узима у обзир и чланове породице који имају пребивалиште на територији друге државе уговорнице.

Члан 13.

Корисници пензије

(1) На корисника пензије, остварене према правним прописима обе државе уговорнице, примењују се искључиво правни прописи оне државе уговорнице на чијој територији има пребивалиште.

(2) На корисника пензије остварене према правним прописима једне државе уговорнице који има пребивалиште на територији друге државе уговорнице, примењују се правни прописи те државе уговорнице, као да је право на пензију остварено према њеним правним прописима.

(3) Ст. 1. и 2. важе и за подносиоце захтева за пензију.

Члан 14.

Носиоци према пребивалишту или боравишту

У случају из члана 11. став 1. и члана 13. став 2. давања одобрава:

а) у Републици Аустрији - месна болесничка благајна надлежна према пребивалишту или боравишту лица;

б) у Савезној Републици Југославији - филијала републичке организације за здравствено осигурање надлежна према пребивалишту или боравишту лица.

Члан 15.

Накнада трошкова

(1) Надлежни носилац надокнађује носиоцу који је пружио давање утрошене износе у складу са чланом 11. и чланом 13. став 2. изузев административних трошкова.

(2) Аустријски надлежни орган и југословенски орган за везу могу, у циљу административног поједностављења, договорити да за све случајеве или за одређене групе случајева уместо појединачног обрачуна трошкова уведу паушална плаћања.

(3) У случајевима из члана 13. став 2. накнада трошкова за кориснике из аустријског пензијског осигурања се плаћа од доприноса за здравствено осигурање пензионера који приспевају у Главни савез аустријских носилаца социјалног осигурања.

Поглавље 2.

Повреде на раду и професионалне болести

Члан 16.

Здравствене услуге

(1) Лице које по основу повреде на раду или професионалне болести има право на здравствене услуге према правним прописима једне државе уговорнице, а

20

750 der Beilagen

има пребивалиште или боравиште на територији друге државе уговорнице прима те услуге, на терет надлежног носиоца, од носиоца на чијем подручју има пребивалиште или боравиште, према правним прописима које тај носилац примењује, као да је код њега осигурано. За коришћење протеза, помагала и других здравствених услуга веће вредности, примењује се одредба члана 11. став 2.

(2) У случајевима из става 1. здравствене услуге одобрава:

а) у Републици Аустрији - месна болесничка благајна надлежна према пребивалишту или боравишту лица;

б) у Савезној Републици Југославији - филијала републичке организације за здравствено осигурање надлежна према пребивалишту или боравишту лица.

(3) Уместо аустријског носиоца из става 2. здравствене услуге може да одобри носилац осигурања за случај повреде на раду.

(4) На накнаду трошкова насталих према ставу 1. примењују се одредбе члана 15.

Члан 17.

Професионалне болести

(1) Ако је одобрење давања за случај професионалне болести, према прописима једне државе уговорнице, условљено тиме да је болест први пут лекарски утврђена на територији те државе уговорнице, сматра се да је тај услов испуњен ако је та болест први пут утврђена на територији друге државе уговорнице.

(2) Ако је одобрење давања за случај професионалне болести, према прописима једне државе уговорнице, условљено тиме да је обављање делатности која може да изазове ту болест, трајало одређено време, надлежни носилац те државе уговорнице, ако је потребно, узима у обзир и време обављања такве делатности у складу са правним прописима друге државе уговорнице.

Члан 18.**Накнада за случај професионалне болести**

(1) Ако право на накнаду за случај професионалне болести постоји према правним прописима обе државе уговорнице, давања се одобравају само према правним прописима оне државе уговорнице на чијој територији је последњи пут обављана делатност која може да изазове ту професионалну болест.

(2) Ако лице, које је по основу професионалне болести примало или прима давања на терет носиоца једне државе уговорнице, због погоршања болести проузрокованог обављањем делатности која, према правним прописима друге државе уговорнице, може да изазове професионалну болест, поднесе захтев за давања носиоцу друге државе уговорнице, носилац прве државе уговорнице и даље сноси трошкове давања, без обзира на погоршање, према својим правним прописима. Носилац друге државе уговорнице одобрава давања у висини разлике између давања које припада након погоршања и давања које би припадало према његовим правним прописима пре погоршања, да је болест наступила према тим правним прописима.

Поглавље 3.**Старост, инвалидност и смрт
(пензије)****Члан 19.****Сабирање пензијског стажа**

(1) Ако је, према правним прописима једне државе уговорнице, стицање, очување или поновно признавање права на давање условљено навршењем пензијског стажа, носилац те државе уговорнице узима у обзир, ако је потребно, и пензијски стаж навршен према правним прописима друге државе уговорнице као да је навршен према његовим правним прописима, под условом да се не односи на исто време.

(2) Ако је, према правним прописима једне државе уговорнице, право на одређено давање условљено навршењем стажа у одређеном занимању, односно послу или у занимању за које постоји посебан систем, носилац те државе уговорнице узима у обзир и пензијски стаж који је, према правним прописима друге државе уговорнице, навршен у истом занимању, односно послу или у одговарајућем систему.

(3) Ако према правним прописима једне државе уговорнице време коришћења пензије продужава период у коме мора бити навршен пензијски стаж, тај период се продужава одговарајућим временом коришћења пензије остварене према правним прописима друге државе уговорнице.

(4) Пензијски стаж навршен према југословенским правним прописима, исказан у данима, аустријски носилац прерачунава у месеце, при чему 30 дана одговара једном месецу, а преостале дане узима у обзир као цео месец.

Члан 20.

Пензијски стаж краћи од једне године

(1) Ако је укупан пензијски стаж, који се према правним прописима једне државе уговорнице узима у обзир за обрачунавање давања краћи од 12 месеци не одобрава се право на давање, изузев у случају када, према тим правним прописима, постоји право на давање само по основу тог пензијског стажа.

(2) Пензијски стаж из става 1. по основу кога носилац једне државе уговорнице не одобрава давање, узима у обзир носилац друге државе уговорнице за стицање, очување и поновно признавање права на давање, као и одређивање његове висине, као да је тај стаж навршен према његовим правним прописима.

Члан 21.

Утврђивање давања

(1) Ако према правним прописима једне државе уговорнице постоји право на давање и без примене члана 19., надлежни носилац те државе уговорнице утврђује давање искључиво на основу пензијског стажа који се узима у обзир према тим правним прописима.

(2) Ако према правним прописима једне државе уговорнице постоји право на давање само уз примену члана 19., надлежни носилац те државе уговорнице утврђује давање према одредбама члана 22., односно члана 23.

Члан 22.**Обрачун аустријског дела давања**

У случају из члана 21. став 2. надлежни аустријски носилац утврђује давање узимајући у обзир искључиво пензијски стаж навршен према аустријским правним прописима и следеће одредбе:

1. давања или делови давања чији износ не зависи од дужине навршеног пензијског стажа утврђују се сразмерно односу пензијског стажа који се према аустријским правним прописима узима у обзир за обрачун давања и 30 година, а највише до пуног износа;

2. ако се при обрачуну давања за случај инвалидности или смрти узимају у обзир времена после настанка осигураног случаја, та се времена узимају у обзир само сразмерно односу пензијског стажа који се према аустријским правним прописима узима у обзир за обрачун давања и две трећине броја пуних календарских месеци од навршене 16. године живота тог лица до настанка осигураног случаја, а највише до пуног трајања;

3. тачка 1. се не примењује:

а) на давања по основу допунског осигурања;

б) на давања или делове давања који зависе од прихода, а којима се обезбеђује минимални приход.

Члан 23.**Обрачун југословенског дела давања**

У случају из члана 21. став 2. надлежни југословенски носилац утврђује давање на тај начин што, прво, обрачунава износ давања који би припадао да је укупан пензијски стаж, који се узима у обзир за обрачун давања, навршен по југословенским правним прописима, а највише до пуне висине давања, а потом, на основу тако обрачунатог износа, утврђује износ давања сразмеран односу између пензијског стажа навршеног искључиво по југословенским правним прописима и укупног пензијског стажа који се узима у обзир за обрачун давања.

24

750 der Beilagen

Поглавље 4.
Незапосленост

Члан 24.
Сабирање стажа осигурања

(1) Стаж осигурања, навршен према правним прописима једне државе уговорнице, узима се у обзир за право на давање у случају незапослености према правним прописима друге државе уговорнице, ако је незапослено лице у држави уговорници у којој остварује право на давање у последњих дванаест месеци пре подношења захтева за то давање било осигурано по основу запослења укупно најмање 26 недеља, без повреде прописа о запошљавању странаца.

(2) Услов минималног периода запослења од 26 недеља не односи се на незапослена лица чије је запослење било предвиђено на дужи рок, али је окончано, без њихове кривице, пре навршених 26 недеља или која имају држављанство државе уговорнице у којој подносе захтев за давање.

Члан 25.
Трајање примања накнаде

Трајање примања накнаде се смањује за период за који је незапослено лице у другој држави уговорници у току последњих 12 месеци пре дана подношења захтева примало новчану накнаду за случај незапослености.

ОДЕЉАК IV.
РАЗНЕ ОДРЕДБЕ

Члан 26.
Обавезе надлежних органа, правна и административна помоћ

(1) Надлежни органи ће посебним споразумом утврдити административне мере за спровођење овог споразума.

(2) Надлежни органи две државе уговорнице обавештаваће се међусобно:

а) о свим предузетим мерама за спровођење овог споразума;

б) о свим променама њихових правних прописа у вези са применом овог споразума.

(3) У примени овог споразума органи и носиоци држава уговорница ће узајамно пружати службену помоћ и поступати као да се ради о примени њихових правних прописа. Ова службена помоћ је бесплатна.

(4) Надлежни органи и носиоци држава уговорница могу, у примени овог споразума, непосредно међусобно ступати у везу, као и са заинтересованим лицима или њиховим пуномоћницима.

(5) Надлежни органи и носиоци једне државе уговорнице не смеју одбити захтеве и друге поднеске због тога што су сачињени на службеном језику друге државе уговорнице.

(6) Лекарске прегледе који се обављају искључиво због примене правних прописа једне државе уговорнице, а односе се на лица која на територији друге државе уговорнице имају пребивалиште или боравиште, обавиће на захтев надлежног носиоца и на његов терет, носилац према пребивалишту или боравишту. Лекарски прегледи који се обављају због примене правних прописа обе државе уговорнице обавља на свој терет носилац према пребивалишту или боравишту тог лица.

(7) Судска правна помоћ се пружа у складу са прописима који се примењују у правној помоћи у грађанским правним стварима.

Члан 27.

Органи за везу

У циљу ефикаснијег спровођења овог споразума, посебно ради једноставног и брзог повезивања носилаца обе државе уговорнице, надлежни органи ће споразумом из члана 26. став 1. одредити органе за везу.

Члан 28.

Ослобађање од пореза и овера

(1) Ослобађање или смањење пореза и такси предвиђено прописима једне државе уговорнице за писмене поднеске или документа која се прилажу због

примене њених правних прописа, односи се и на одговарајуће писмене поднеске и документа који се прилажу због примене овог споразума или правних прописа друге државе уговорнице.

(2) Исправе, документа и писмени поднесци било које врсте, који се прилажу приликом примене овог споразума, не подлежу овери.

Члан 29.

Подношење писмених докумената

(1) Захтеви, изјаве или правна средства која се у примени овог споразума или правних прописа једне државе уговорнице подносе органу, носиоцу или некој другој надлежној установи једне државе уговорнице, сматрају се захтевима, изјавама или правним средствима поднетим органу, носиоцу или некој другој надлежној установи друге државе уговорнице.

(2) Захтев за давање, поднет према правним прописима једне државе уговорнице, сматра се захтевом за одговарајуће давање према правним прописима друге државе уговорнице које долази у обзир применом овог споразума, изузев ако подносилац захтева изричито захтева да се одложи утврђивање стеченог права на давање у случају старости према правним прописима једне од држава уговорница.

(3) Захтеви, изјаве или правна средства, која применом правних прописа једне државе уговорнице треба поднети органу, носиоцу или некој другој надлежној установи те државе уговорнице, могу се у истом року поднети одговарајућем органу, носиоцу или некој другој установи друге државе уговорнице.

(4) У случајевима из ст. 1. до 3. наведене институције, без одлагања, достављају захтеве, изјаве или правна средства одговарајућим институцијама друге државе уговорнице непосредно или посредством органа за везу.

Члан 30.

Платни промет

(1) Носилац надлежан за пружање давања према овом споразуму исплаћује новчана давања корисницима у другој држави уговорници, са ослобађајућим дејством, у својој националној валути или у другој конвертибилној валути.

(2) Накнаде предвиђене овим споразумом исплаћују се у валути оне државе уговорнице у којој се налази седиште носиоца на чији терет падају давања.

Члан 31.

Извршни поступак

(1) Извршне одлуке судова, као и извршна решења и докази о заосталим плаћањима (исправе) надлежних органа или носилаца једне државе уговорнице о доприносима и другим потраживањима из социјалног осигурања признају се у другој држави уговорници.

(2) Признавање се може одбити само ако је у супротности са јавним редом државе уговорнице у којој треба да се призна одлука или исправа.

(3) Извршне одлуке и исправе признате у складу са ставом 1. извршавају се у другој држави уговорници. Извршни поступак се спроводи према правним прописима који се примењују за извршење одговарајућих одлука или исправа државе уговорнице на чијој територији треба да се спроведе извршење. Одлуке и исправе морају садржати потврду о њиховој извршности (клаузула о извршењу).

Члан 32.

Обрачун аконтација

(1) Носилац једне државе уговорнице који је исплаћивао аконтацију давања може задржати исплату заостатака одговарајућег давања које се односи на исти период, а на које постоји право према правним прописима друге државе уговорнице.

(2) Ако је носилац једне државе уговорнице у периоду за који је носилац друге државе уговорнице накнадно одобрио одговарајуће давање, исплаћивао веће давање од припадајућег, износ који прелази то давање до висине припадајућих заостатака сматра се аконтацијом у смислу става 1.

(3) Ако је носилац социјалне помоћи једне државе уговорнице одобрио социјалну помоћ у периоду за који је, накнадно, према правним прописима друге државе уговорнице признато право на новчана давања, надлежни носилац друге државе уговорнице, на захтев и за рачун носиоца социјалне помоћи прве државе уговорнице, задржава заостатке који се односе на исти период, до висине

исплаћене социјалне помоћи, као да се ради о исплаћеној социјалној помоћи носиоца друге државе уговорнице.

Члан 33.

Накнада штете

(1) Ако лице које према правним прописима једне државе уговорнице прима давање за штету која је настала на територији друге државе уговорнице и има према њеним правним прописима право на накнаду штете од трећег лица, тада право на ту накнаду прелази на носиоца прве државе уговорнице према његовим правним прописима.

(2) Ако је право на накнаду штете у вези са истоверним давањима, по основу истог случаја штете, пренето, у складу ставом 1., носиоцима обе државе уговорнице, треће лице може исплатити накнаду штете, са ослобађајућим дејством, једном или другом носиоцу. Носиоци ће намирити своја потраживања по овом основу сразмерно давањима која исплаћују.

Члан 34.

Решавање спорова

Спорове између држава уговорница поводом тумачења и примене овог споразума решаваће надлежни органи држава уговорница.

ОДЕЉАК V.

ПРЕЛАЗНЕ И ЗАВРШНЕ ОДРЕДБЕ

Члан 35.

Прелазне одредбе

(1) Овај споразум не утврђује право на давања за период пре његовог ступања на снагу, односно за лица из члана 37. став 3. пре 1. октобра 1996. године.

(2) За утврђивање права на давања према овом споразуму узима се у обзир и пензијски стаж који је према правним прописима једне државе уговорнице остварен пре његовог ступања на снагу.

(3) Независно од става 1. овај споразум важи и за осигуране случајеве који су настали пре његовог ступања на снагу, ако раније утврђена права нису намирена капитализацијом.

(4) Давања која су утврђена пре ступања на снагу овог споразума, односно за лица из члана 37. став 3. пре 1. октобра 1996. године неће се поново утврђивати.

(5) Ако у року од две године од дана ступања снагу овог споразума, лице које није обухваћено чланом 37. став 3., поднесе захтев за давање, то давање припада од дана његовог ступања на снагу, без обзира на рокове искључења и застаревања.

Члан 36.

Регулисање терета осигурања

(1) Носиоци у Републици Аустрији преузимају сва стечена и очекивана права лица која су 1. јануара 1956. године била аустријски држављани или која се, у складу са аустријским правним прописима у области социјалног осигурања, признају као фолксдојчери, под условом да та лица нису 1. јануара 1956. године само привремено боравила на територији Републике Аустрије, ако су ова права настала на основу пензијског стажа навршеног у бившем југословенском социјалном осигурању (пензијско или инвалидско осигурање) пре 1. јануара 1956. године.

(2) Носиоци у Савезној Републици Југославији преузимају сва стечена или очекивана права југословенских држављана, који су као југословенски држављани 1. јануара 1956. године имали пребивалиште на територији претходне Југославије, ако су та права настала на основу пензијског стажа навршеног у аустријском социјалном осигурању (пензијском или осигурању за случај несреће на послу) пре 1. јануара 1956. године.

(3) Приликом преузимања очекиваних права сматра се да су испуњени општи услови за одговарајућа давања. При томе се за обрачун давања узима у обзир пензијски стаж на коме се заснивају преузета очекивана давања. Ако по основу навршеног пензијског стажа нису испуњени услови за остваривање одговарајућих давања обрачунавање тих давања ће се вршити као да су ти услови испуњени.

(4) Стечена и очекивана права из аустријског пензијског осигурања или осигурања за случај несреће на послу се утврђују у складу са одредбама аустријског савезног закона од 22. новембра 1961. године о правима на давање и захтевима у

30

750 der Beilagen

пензијском (рентном) осигурању и у осигурању за случај несреће на послу по основу запослења у иностранству.

Члан 37.

Ступање на снагу

(1) Овај споразум подлеже ратификацији. Ратификациони инструменти ће се разменити у што краћем року у Бечу.

(2) Овај споразум ступа на снагу првог дана месеца по истеку месеца у коме су размењени ратификациони инструменти.

(3) *Одредбе овог споразума које се односе на стицање и остваривање права из социјалног осигурања примењиваће се од 1. октобра 1996. године на лица на која је примењивана конвенција о социјалном осигурању која је била на снази до тог датума, изузев ако је у вези са остваривањем здравствених услуга поступљено другачије пре његовог ступања на снагу.*

Члан 38.

Престанак важења

(1) Овај споразум се закључује на неодређено време. Свака држава уговорница га може, у писменој форми, дипломатским путем, отказати са крајем календарске године и отказним роком од три месеца.

(2) У случају отказивања овог споразума његове одредбе се и даље примењују на стечена права.

У потврду овога опуномоћеници су потписали овај споразум и ставили печат.

Сачињено у Београду, дана 5. јуна 1998. године у два оригинала на немачком и српском језику, при чему су оба текста аутентична.

За Републику Аустрију

За Савезну Републику Југославију

др Волфганг Шисел
савезни министар за иностране послове

Живадин Јовановић
савезни министар за иностране послове

Vorblatt**Problem:**

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit der Bundesrepublik Jugoslawien zum 30. September 1996 ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Jugoslawien erfolgt, da das Abkommen eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht ermöglicht hat. Mit der Kündigung sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten, für deren Weiteranwendung der Abschluss eines entsprechend eingeschränkten neuen Abkommens erforderlich ist.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende neue Abkommen wird der bisherige Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung mit im Wesentlichen gleichem materiellrechtlichen Inhalt aufrechterhalten, in formaler Hinsicht aber gleichzeitig an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepasst.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Gegeben.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-jugoslawische Abkommen über soziale Sicherheit hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

Hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten sind die EU-Mitgliedstaaten durch keine EG-Vorschriften gebunden.

2. Das Abkommen im Allgemeinen

Die Kündigung des weiter angewendeten Abkommens über soziale Sicherheit mit der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 19. November 1965 in der Fassung der Zusatzabkommen vom 19. März 1979 und 11. Mai 1988, BGBl. Nr. 289/66, 81/80 und 269/89 (im Folgenden als „bisheriges Abkommen“ bezeichnet), ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Jugoslawien erfolgt, da eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht möglich war.

Mit der Kündigung zum 30. September 1996 (BGBl. Nr. 345/1996) sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten. Durch den Abschluss des vorliegenden neuen Abkommens werden die Bestimmungen in diesen anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) entsprechend dem bisherigen Abkommen geregelt.

Hinsichtlich des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens ist darauf hinzuweisen, dass das bisherige Abkommen auf die Staatsangehörigen aller früheren sechs Teilrepubliken des früheren Jugoslawien anzuwenden war und daher eine Einschränkung des neuen Abkommens nur auf die beiderseitigen Staatsangehörigen eine wesentliche Einschränkung bedeutet hätte. Das Abkommen umfasst daher wie der Großteil der anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines der beiden Vertragsstaaten versichert sind oder waren, sowie ihre Angehörigen und Hinterbliebenen.

Im Bereich der Pensionsversicherung wird wie bereits in den Zusatzabkommen mit Kanada und den USA (BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996) im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung in allen zwischenstaatlichen Fällen anstelle der bisher vorgesehenen Berechnung entsprechend dem Zeitenverhältnis („Pro-rata-temporis-Berechnung“) die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten vorgesehen („Direktberechnung“).

Darüber hinaus schließt das neue Abkommen im Bereich der Krankenversicherung in Anpassung an die entsprechenden Regelungen im Art. 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eine gezielte Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung im anderen Vertragsstaat ohne Genehmigung des zuständigen Trägers aus.

Zusammenfassend sieht das vorliegende neue Abkommen vor:

- a) eine Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie hinsichtlich des Arbeitslosengeldes,
- b) eine formale Neugestaltung des Abkommens insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sowie durch die Einbeziehung der Bestimmungen des Schlussprotokolls in das Abkommen,
- c) die zwischenstaatliche Pensionsberechnung in allen Fällen durch Direktberechnung und
- d) seine rückwirkende Anwendung unmittelbar im Anschluss an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

3. Finanzielle Auswirkungen

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Kündigung des bisherigen Abkommens zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbei-

hilfen für Kinder in Jugoslawien erfolgt ist, woraus sich eine jährliche Einsparung von rund 165 Millionen Schilling ergibt.

In den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) wurde das vorliegende Abkommen zwar in formaler Hinsicht an die in jüngster Zeit geschlossenen neuen Abkommen angepasst, in materiellrechtlicher Hinsicht entspricht es aber im Wesentlichen den Regelungen des bisherigen Abkommens.

In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich der Ausweitung des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens zu berücksichtigen, dass sich dieser bereits bisher auf alle Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien bezogen hat und sich daher aus dieser Ausweitung mangels Fluktuation anderer Staatsangehöriger zwischen den beiden Vertragsstaaten im Bereich der Pensionsversicherung praktisch keine finanziellen Auswirkungen ergeben werden.

Zu den finanziellen Auswirkungen des Umstiegs von der zwischenstaatlichen Pensionsberechnung nach der Pro-rata-temporis-Methode auf die Direktberechnung ist zunächst darauf hinzuweisen, dass diese primär einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung dient und sich dadurch entsprechende Einsparungen bei den Verwaltungskosten ergeben. Darüber hinaus wird die Direktberechnung in den Fällen, in denen allein auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ein Leistungsanspruch besteht, unter Berücksichtigung der Übernahme des EG-Rechts mit 1. Jänner 1994 bereits ab diesem Zeitpunkt angewendet. Auch in den Fällen, in denen der österreichische Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung jugoslawischer Versicherungszeiten besteht, wird im Hinblick auf eine einheitliche Rechtsanwendung im Verhältnis zu allen Nicht-EU/EWR-Staaten die Direktberechnung bereits seit Kündigung des bisherigen Abkommens angewendet, wobei bisher im Einzelfall mögliche geringfügige Mehrkosten aus den unterschiedlichen Steigerungsbeträgen durch den mit der Pensionsreform 1997 vorgesehenen einheitlichen Steigerungsbetrag ab 1. Jänner 2000 nicht mehr zum Tragen kommen, andererseits aber sogar geringfügige Einsparungen durch die Nichtberücksichtigung der tunesischen Versicherungszeiten bei vorgezogenem Pensionsbeginn möglich wird.

Insgesamt wird sich aus der Durchführung des neuen Abkommens daher gegenüber der Rechtslage vor der Kündigung des bisherigen Abkommens weder eine Vermehrung des Personalaufwandes noch ein finanzieller Mehraufwand (Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung) ergeben.

Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden neuen Abkommens entsprechen im Wesentlichen dem bisherigen Abkommen, wurden aber in formaler Hinsicht an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepasst. Gleichzeitig wurden die einzelnen Regelungen des bisherigen Schlussprotokolls zu den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens aufgenommen. Im Folgenden werden die Bestimmungen des neuen Abkommens mit den entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Abkommens gegenübergestellt, gleichzeitig wird auf die wesentlichsten Unterschiede hingewiesen, hinsichtlich der formalen Neugestaltung insbesondere auf die neuen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (BGBl. III Nr. 162 und 103/1998).

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 = Art. 1 (Begriffsbestimmungen).

Art. 2 = Art. 2 (sachlicher Geltungsbereich):

Unter Berücksichtigung der Kündigung des bisherigen Abkommens enthält das neue Abkommen keine Regelungen mehr betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Art. 3 = Art. 3 (persönlicher Geltungsbereich):

Wie bereits einleitend darauf hingewiesen wurde, war das bisherige Abkommen auf die Staatsangehörigen aller früheren sechs Teilrepubliken des früheren Jugoslawien anzuwenden. Daher ist die Anwendung des Abkommens wie im Großteil der anderen von Österreich geschlossenen Abkommen im persönlichen Geltungsbereich nicht beschränkt.

Art. 4 = Art. 4 und Z 3 des Schlussprotokolls (Gleichbehandlung der Staatsangehörigen).

Art. 5 = Art. 5 und Z 4 des Schlussprotokolls (Gebietsgleichstellung).

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Art. 6 = Art. 6 (Territorialitätsprinzip):

Die neue Bestimmung des Abs. 2 betreffend die generelle Zuordnung der Beamten zum Herkunftsstaat entspricht der diesbezüglichen EG-Regelung (Art. 13 Abs. 2 lit. d der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71).

Art. 7 = Art. 8 (Ausnahmen).

Art. 8 = Art. 8 a (diplomatisches Personal):

Die Bestimmung wird in formaler Hinsicht an die EG-Regelungen (Art. 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71) angepasst.

Art. 9 = Art. 9 (Ausnahmevereinbarungen).

Krankheit und Mutterschaft

Art. 10 = Art. 10 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 11 = Art. 12 Abs. 1 bis 4 und 6, Art. 13 und Z 6 des Schlussprotokolls (aushilfsweise Sachleistungsgewährung):

In formaler Hinsicht wurden die Bestimmungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthaltes oder bei Wohnort im anderen Vertragsstaat in einem Artikel zusammengefasst und an die EG-Regelungen (Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71) angepasst.

Art. 12 = Art. 12 Abs. 5 (Geldleistungen).

Art. 13 = Art. 14 (Krankenversicherung der Pensionisten):

Die formale Neufassung dient einer sprachlichen Verbesserung.

Art. 14 = Art. 15 (aushelfender Träger).

Art. 15 = Art. 16 und Z 8 des Schlussprotokolls (Kostenerstattung).

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Art. 16 = Art. 24 (aushilfsweise Sachleistungsgewährung).

Art. 17 = – (Berufskrankheiten):

Die in diesem Artikel vorgesehenen ergänzenden Regelungen betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten stellen international übliche Bestimmungen dar und wurden auch bereits in die neuen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 18) aufgenommen.

Art. 18 = Art. 23 (Entschädigung von Berufskrankheiten):

Die Regelungen betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten bei Ausübung von Expositionszeiten in beiden Vertragsstaaten sowie bei einer Verschlimmerung wurden in formaler Hinsicht an die entsprechenden Bestimmungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen angepasst, wie dies auch bereits in den neuen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 19) der Fall ist.

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Art. 19 = Art. 18 Abs. 1 und 2 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten):

Ergänzend zu den bisherigen generellen Bestimmungen (Abs. 1 und 2) sieht Abs. 3 eine ergänzende bilaterale Bestimmung betreffend neutrale Zeiten vor, die bisher nur unilateral für die österreichische Seite vorgesehen war (Z 10 lit. A/2/a des Schlussprotokolls). Darüber hinaus sieht Abs. 4 eine ergänzende Regelung betreffend die Umrechnung jugoslawischer Versicherungszeiten vor, wie sie auch bereits in die neuen Abkommen mit Kroatien (Art. 20 Abs. 5) und Slowenien (Art. 22 Z 2) aufgenommen wurde.

Art. 20 = Art. 18 Abs. 3 (Mindestversicherungszeit).

Art. 21 = Art. 19 Abs. 2 und Art. 21 (Feststellung der Leistungen):

Abs. 1 trägt dem im EG-Recht im Bereich der Pensionsversicherung innewohnenden Grundsatz Rechnung, nach dem innerstaatlich gebührende Leistungsansprüche durch zwischenstaatliche Regelungen nicht gemindert werden dürfen und der auch bereits in alle bisherigen neuen Abkommen über soziale Sicherheit aufgenommen wurde.

Abs. 2 sieht die Berechnung der Leistungen nach Art. 22 (für die österreichische Seite) bzw. Art. 23 (für die jugoslawische Seite) vor, wenn der Leistungsanspruch nur unter Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten besteht.

Art. 22 = Art. 19 Abs. 3 und Z 10 lit. A des Schlussprotokolls (Berechnung der österreichischen Teilleistungen):

Auch in den zwischenstaatlichen Fällen, in denen der Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung der jugoslawischen Versicherungszeiten besteht, ist die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten („Direktberechnung“) an Stelle der bisherigen Berechnung im Zeitenverhältnis („Pro-rata-temporis-Berechnung“) vorgesehen. Diese einer wesentlichen Vereinfachung der Pensionsberechnung dienende Direktberechnung entspricht wörtlich den bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten getroffenen Regelungen (zB Art. 22 Abs. 3 des Abkommen mit Kroatien und Art. 23 Abs. 2 des Abkommens mit Slowenien).

Art. 23 = Art. 19 Abs. 3 (Berechnung der jugoslawischen Teilleistungen).

Arbeitslosigkeit

Art. 24 = Art. 25 Abs. 1 und 2 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 25 = Art. 25 Abs. 3 (Bezugsdauer).

Verschiedene Bestimmungen

Ohne wesentliche materiellrechtliche Änderungen wurden die Art. 26 bis 34 insbesondere in formaler Hinsicht an die diesbezüglich bereits in den neuen Abkommen mit Kroatien (Art. 25 bis 33) und Slowenien (Art. 27 bis 35) getroffenen Regelungen angepasst:

Art. 26 Abs. 1 = Art. 35 Abs. 1 erster Satz (Durchführungsvereinbarung).

Art. 26 Abs. 2 = Art. 35 Abs. 2 (Rechtsänderungen).

Art. 26 Abs. 3 = Art. 35 Abs. 3 (Amtshilfe).

Art. 26 Abs. 4 = – (Direktverkehr).

Art. 26 Abs. 5 = Art. 40 (Amtssprachen).

Art. 26 Abs. 6 = Art. 36 (ärztliche Untersuchungen).

Art. 26 Abs. 7 = – (gerichtliche Rechtshilfe).

Art. 27 = Art. 35 Abs. 1 zweiter Satz (Verbindungsstellen).

Art. 28 = Art. 39 (Gebührenbefreiungen).

Art. 29 = Art. 41 (Antragsgleichstellung).

Art. 30 = Art. 42 (Zahlungsverkehr).

Art. 31 = Art. 37 und 37a (Vollstreckungshilfe).

Art. 32 = Art. 44 (Verrechnung von Vorschüssen).

Art. 33 = Art. 38 (Übergang von Schadenersatzansprüchen).

Art. 34 = Art. 43 (Streitbeilegung).

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 35 = Art. 45 (Übergangsbestimmungen).

Art. 36 = Art. 33 und 34 sowie Z 14 und 15 des Schlussprotokolls (Versicherungslastregelungen).

Art. 37 = Art. 46 und 47 (Inkrafttreten):

Die Kündigung des bisherigen Abkommens ist ausschließlich zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Jugoslawien erfolgt. Zur Wahrung der Rechte der vom bisherigen Abkommen erfassten Berechtigten in den anderen Bereichen sieht Abs. 3 daher für diesen Personenkreis eine rückwirkende Anwendung des Abkommens unmittelbar im Anschluss an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens vor.

Art. 38 = Art. 48 und 49 (Außerkrafttreten).